

Focus Online

17.01.2016

Mit ihrer Brexit-Rede nährt May eine gefährliche Illusion

von Michael Heise

Seit sich die Mehrheit der Briten für einen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union ausgesprochen hat, herrschte wenig Klarheit über die Brexit-Pläne der britischen Regierung. „Brexit heißt Brexit“ erklärte Premierministerin Theresa May zwar kurz nach dem Referendum, doch konkrete Informationen zur angestrebten Neuregelung der Beziehungen zwischen Großbritannien und der Europäischen Union waren rar. In ihrer heutigen Grundsatzrede zum EU-Austritt Großbritanniens hat May nun etwas klarer umrissen, was sie unter Brexit versteht: nämlich das Ausscheiden Großbritanniens aus dem EU-Binnenmarkt und der Zollunion, eine Abkehr vom europäischen Gerichtshof und eine klare Beschränkung der EU-Einwanderung - und damit das Ende der Personenfreizügigkeit. Eine EU-Teilmitgliedschaft nach dem Modell von Norwegen lehnt May damit kategorisch ab.

Mays Brexit Position kommt kaum überraschend. Denn ein sogenannter „Brexit light“, bei dem Großbritannien – um den Zugang zum Binnenmarkt zu erhalten - den Großteil der EU Regularien anerkennen und weitreichende Mitspracherechte aufgeben würde, ist keine attraktive Vision und keine sinnvolle Verhandlungsposition. Der harte Austritt und eine wie auch immer gestaltete Neugestaltung der britischen Wirtschaft nähren die Hoffnung, dass trotz ungünstigerer Handelsbedingungen mit der EU kein wirtschaftlicher Wachstumsverlust zu verzeichnen sein wird. Aber ist dieses Szenario ist nicht besonders realistisch. Auch ein gut verhandeltes Freihandelsabkommen wird britischen Unternehmen keinen so uneingeschränkten und vorteilhaften Zugang zum Binnenmarkt geben, wie er derzeit gegeben ist. Dies wird die Attraktivität für Direktinvestitionen und Geschäftsaktivitäten belasten, die größtenteils für die Bedienung des EU-Marktes bestimmt sind. Darüber hinaus wird es lange Zeit eine große Unsicherheit über das Ergebnis der mehrgleisigen Verhandlungen geben: Verhandlungen über die Trennungvereinbarung und ein Freihandelsabkommen mit der EU, Verhandlungen über Abkommen mit Drittländern, die mit der EU Freihandelsvereinbarungen haben und mit solchen, die unter WTO Regeln mit der EU Handel treiben. Die Absicht der britischen Regierung schnell zu einem Abschluss zu kommen, ist positiv und hat die Finanzmärkte beflügelt, aber der tatsächliche Verhandlungsprozess wird zäh und langwierig werden. Und das heißt, die Unsicherheit wird Jahre andauern. Auslandsinvestitionen in Großbritannien dürften schwach bleiben und im Finanzsektor dürften Verlagerungen in die EU stattfinden.

Unklar bleibt auch, wie das neue Wirtschaftsmodell aussehen sollte, dass den Wohlstand auch außerhalb der EU kräftig steigern soll. Niedrige Körperschaftssteuern, weniger Auflagen für Produktionsunternehmen und weniger Regulierung im Finanzsektor oder am Arbeitsmarkt? Für solche Entwicklungen bedarf es politischer Mehrheiten, die auch in Großbritannien fraglich sind. Und andere Länder würden beispielsweise auf eine Niedrigsteuerstrategie zur Anwerbung von Auslandskapital reagieren.

Aus wirtschaftlicher Sicht wäre es sicher in Großbritanniens Interesse, den `hard Brexit` noch einmal zur Debatte zu stellen (was wohl im Parlament auch geschehen wird). Vielleicht sind sich ja doch

noch politische Kräfte zu mobilisieren, um harte Brexit-Pläne abzublasen. Die EU sollte in einem Punkt Kompromissfähigkeit zeigen: Freizügigkeit des Personenverkehrs, der von EU Ländern gefordert ist, bedeutet nicht freien und beliebigen Zugang von EU-Migranten in die Sozialsysteme eines anderen Landes. EU-Ausländer wurden in Großbritannien unter anderem für Druck auf dem Arbeitsmarkt und Überlastung der Sozialsysteme verantwortlich gemacht. Eingeschränkter oder verzögerter Zugang von EU Migranten in die Sozialsysteme würde den Zuwanderungsdruck mindern. Auch andere EU-Staaten haben ein Interesse daran, Sozialsysteme nicht zu überstrapazieren. Ein Kompromiss mit Großbritannien sollte zu erreichen sein.

Darüber hinaus – ob Brexit oder Bremain - wird sich die britische Politik aber auch Gedanken darüber machen müssen, wie sie den sozial und wirtschaftlich schwächer Gestellten, welche überwiegend für Leave gestimmt haben, in Zukunft gerecht werden kann. Dies kann nur eine Neuausrichtung der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik erreichen. Ein EU-Austritt Großbritanniens hingegen wird die Perspektiven dieser Gesellschaftsschicht der weniger ausgebildete Arbeiter, der Geringverdiener, sowie der Rentner und der Personen, die auf Unterstützung des Staates angewiesen sind, kaum verbessern.